WP-04-523 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum: 01.11.2026

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 522 bis 524 einfügen:
Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist sozial gerecht und angesichts des Fachkräftemangels wirtschaftlich klug. Deshalb bleibt es unser primäres Ziel, im Einklang mit der UN-BRK Menschen mit Behinderung eine Teilnahme am regulären Arbeitsmarkt zu ermöglichen: mit Hilfe des Budgets für Arbeit, der Integrationsfachdienste und anderer Anlaufstellen, durch Arbeitsassistenz und Arbeitshilfen und unter Einbeziehung der Peer-to-Peer-Anlaufstellen (EUTBs). Dafür nehmen wir auch die Unternehmen im Land in die Pflicht. Arbeit bedeutet aber noch mehr: Sie schafft Selbstständigkeit und Anerkennung. Diese Erfahrung muss allen Menschen

Begründung

Anstatt sofort zu Werkstätten überzuleiten sollten wir die Vorgabe der UN-BRK und politische Beschlusslage der GRÜNEN ernst nehmen und die Teilnahme am 1. Arbeitsmarkt als klare Priorität herausstellen. Und die Träger nennen, die hierfür unverzichtbar sind. Zudem müssen wir auch die Unternehmen in die Pflicht nehmen, die seit Jahren die gesetzliche 5%-Vorgabe nicht annähernd erreichen und damit der Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Wege stehen.